

Gleichberechtigte Diskussion ohne Ausgrenzung – Jetzt geht's los! Mehr Demokratie wagen! Worauf warten wir noch?

Der 18. Ordentliche Gewerkschaftstag unserer TRANSNET fordert im Zusammenhang mit der Verschiebung des Börsengangs der DB ML AG von der Bundesregierung die Vorlage eines politischen Gesamtkonzepts für die Zukunft unserer Bahn „unter der Berücksichtigung einer soliden Finanzierung der Infrastruktur“. Weiter heißt es in dem Beschluss: Die TRANSNET wird dieses Gesamtkonzept in der Mitgliedschaft in den Ortsverwaltungen und Bezirken diskutieren und aufgrund dieser Diskussion im Beirat der TRANSNET eine Bewertung beschließen.“

Abweichende Meinungen zulassen

Auf dem Gewerkschaftstag hat der neue TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner erklärt: „Innerhalb unserer Organisation ist jeder gleich berechtigt, seine Position einzubringen. Wir müssen abweichende Meinungen zulassen. Wer ausgrenzt, verhindert eine Diskussion“. Kollege Kirchner sagte weiter: „Ich freue mich auf die inhaltliche Auseinandersetzung um die Frage: Was ist der richtige Weg? Ich hätte gerne von Bahn von unten eine Antwort zum Thema Wettbewerb, Infrastruktur und Konzentration des Schienenverkehrs in Europa.“

Auch wir freuen uns darüber, dass jetzt endlich eine unvoreingenommene Diskussion ohne Ausgrenzung in unserer Gewerkschaft stattfinden soll. Das lässt hoffen, dass nach der „Ära Hansen“ jetzt endlich gleichberechtigt über das Pro und Contra zur Börsenbahn und über Alternativen zur Privatisierung diskutiert werden kann. Das Verschweigen anderer Positionen in unserer Gewerkschaft muss ein Ende haben.

Jedes Mitglied hat das Recht, „sich zu allen gewerkschaftlichen Angelegenheiten frei und sachlich zu äußern“, sowie „durch die Beteiligung an Ver-

sammlungen, Veranstaltungen und Wahlen nach näherer Maßgabe der Satzung direkt oder indirekt Einfluss auf die Willensbildung in der TRANSNET“ zu nehmen, heißt es in der TRANSNET-Satzung.

Den Worten müssen jetzt Taten folgen:

1. Wir erwarten, dass die TRANSNET-Medien auch inhaltlich über die Debatten und Meinungsunterschiede auf dem Gewerkschaftstag berichten und künftig die Meinung von Privatisierungskritikern in unseren Reihen zu Wort kommen lassen. Dies war bisher nicht der Fall.

2. In den Ortsverwaltungen und Bezirken sollten ab sofort Veranstaltungen zum Thema „Börsengang und Alternativen“ geplant und durchgeführt werden, bei denen gleichberechtigt die

unterschiedlichen Standpunkte der Gegner und Befürworter in unserer Mitgliedschaft zu Wort kommen. Dies kann – je nach Möglichkeit – bei VPSitzungen erfolgen oder auch in neuen Arbeitskreisen, wenn entsprechendes Interesse vorhanden ist. Kein Mitglied darf ausgegrenzt werden.

3. Wir müssen auch über den Tellerrand hinaus schauen und auf allen Ebenen den Austausch mit Bahngewerkschaften pflegen, die bereits Privatisierungen erlebt haben. Die geplante weitere Liberalisierung des Schienenverkehrs in Europa birgt die Gefahr in sich, dass EisenbahnerInnen gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt werden. Wir wollen solidarische Kooperation und keinen Wirtschaftskrieg. Liberalisierung und Privatisierung des Schienenverkehrs liegt nicht in unserem Interesse. Lasst uns gemeinsam Gegenstrategien entwickeln.



Engagiert: die Initiative Bahn von unten beim TRANSNET-Gewerkschaftstag. Weitere Infos auf www.bahnvonunten.de

Bahn von unten - Postfach 2112 - 65011 Wiesbaden
Tel./Fax 0611.406807 - info@bahnvonunten.de - www.bahnvonunten.de
V.i.S.d.P.: Hans-Dietrich Springhorn

Interview mit Bob Crow

Generalsekretär der britischen Transportgewerkschaft National Union of Rail, Maritime and Transport Workers (RMT)

Wie ist nach fast 15 Jahren Zerschlagung und Privatisierung der früheren Staatsbahn British Rail die aktuelle Situation auf britischen Schienen?

Weite Teile der britischen Gesellschaft sind sich einig, dass die Bahnprivatisierung ein uneingeschränktes Desaster war. Mit dem Abbau qualifizierten Personals sanken die Sicherheitsstandards gewaltig. Die Fragmentierung der Instandhaltung von Fahrweg und Zügen und die massenhafte Vergabepraxis und Auslagerung von Arbeiten an Externe und Subfirmen haben zu ernsthaften Unfällen mit beträchtlichen Menschenopfern geführt. Der Drang nach Profit hat das Ethos öffentlicher Dienstleistungen zerstört. Private Unternehmen haben sich Milliarden aus der Staatskasse angeeignet. Die Fahrpreise sind heute in Großbritannien europaweit mit am höchsten. Heute zahlt der Steuerzahler an Subventionen für die privaten Bahnen dreimal so viel wie früher für die alte Staatsbahn. Die RMT fordert mehr Geld für einen öffentlichen, besseren und umweltfreundlicheren Schienenverkehr, aber die Staatsgelder haben nur die Profite privater Bahnen gestützt und nicht das öffentliche Verkehrsnetz ausgebaut, das unser Land so dringend braucht.

Eine breite Mehrheit der Bevölkerung will eine Wiederverstaatlichung der Bahnen. Warum tut die britische Regierung nichts?

Die meisten Briten sagen, dass die Bahnprivatisierung ein teurer Fehlschlag war. Aber alle großen Parteien unterstützen den Neoliberalismus und die Privatisierungspolitik der EU. Das drückt die Krise der politischen Vertretung der Arbeiterbewegung aus.

In Deutschland behaupten viele, dass die Infrastruktur öffentlich bleiben solle, ein Wettbewerb zwischen privaten Transportgesellschaften im Schienenverkehr aber sinnvoll wäre.

Wettbewerb zwischen verschiedenen privaten Bahnen hat sich im Zuge der britischen Bahnprivatisierung als besonderer Fehlschlag erwiesen. Wettbewerb ist streng genommen auch gar nicht möglich, weil die Züge sich nicht auf ein und derselben Strecke „überholen“ können. Wettbewerb bedeutet vor allem weniger Arbeitsplätze, längere Arbeitszeit und weniger Lohn für die Beschäftigten. Privatbahnen bewerben sich um Ausschreibungen, weil sie Profit machen wollen und nicht weil sie der Bevölkerung dienen wollen. Darunter leiden Löhne und Service für die Kunden gleichermaßen.

Langfassung: www.bahnvonunten.de